Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Amtliches Organ des Kreises Altena und der Ämter Halver und Kierspe

Bezugsgebühren:
3.40 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 3.— DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 273 — Halver, Donnerstag, 25. November 1954 — 1954

Grenzschutz-Manöver haben begonnen

„Roter Brückenkopf" an der Donau

Hohe alliierte Offiziere und Militär-Attachés als Zuschauer - Auch die Sowjets vertreten

dmt. **Donauwörth**, 24. November

Mit dem Vorfühlen eines Stoßtrupps in Zugstärke eröffneten die „Roten" in den frühen Morgenstunden des Mittwochs die bisher größten Manöver des Bundesgrenzschutzes, die unter der Bezeichnung „Donau" bis zum Freitag im Gebiet Donauwörth—Parsberg stattfinden. Der schwache Widerstand der blauen Partei war bald überwunden, der Stoßtrupp sicherte den Brückenkopf und ermöglichte einer ganzen Abteilung — mit etwa 200 modernen Schlauch-Sturmbooten und Schlauchboot-Fähren — über die Donau zu setzen. Der Brückenkopf der Roten konnte trotz heftiger Angriffe weder beseitigt noch eingeschnürt werden. Während der Nacht zum Donnerstag verbleiben die Truppen in ihren Kampfstellungen, während die Führung beider Parteien in aller Eile Verstärkungen heranführt.

Der Manöver-Plan — der unter der Leitung von General **Matzky** ausgearbeitet worden ist — sieht vor, daß der Brückenkopf erst am Donnerstag durch drei blaue Brigaden aufgerieben wird. In der zweiten Phase des Manövers überschreitet jedoch die „kasernierte Polizei der Roten" die Grenze 160 Kilometer vom Brückenkopf Donauwörth entfernt, um den mißlungenen Versuch zu wiederholen und erfolgreich zu beenden. Aufgabe des Grenzschutzes ist es, den vollmotorisierten, mit Panzern ausgerüsteten Gegner so lange aufzuhalten, bis reguläre Heeresverbände eingreifen können. Am dritten, entscheidenden Manövertag werden die Roten sogar Fallschirmjäger einsetzen, die durch Granatwerfer dargestellt werden sollen.

Zahlreiche militärische Beobachter befanden sich bereits am Mittwoch in dem Manövergelände, hohe alliierte Offiziere und auch verschiedene südamerikanische Militärattachés. Die Sowjets scheinen ebenfalls interessiert zu sein: Bereits am Vorabend des Manövers hatte man sowjetische Offiziere in einem Jeep durch das Manövergelände fahren sehen.

Selbst Bundeskanzler Dr. Adenauer bekam die Folgen des Manövers zu spüren. Weil befürchtet werden mußte, daß eine der feindlichen Parteien den Sonderzug des Kanzlers — mit dem er zum Wahlkampf nach Bayern gefahren ist — beschlagnahmen könnte, verzichtete man darauf, den Zug auf seiner Fahrt von Bonn nach Bayreuth im Laufe der Mittwochnacht für einige Stunden abzustellen. Der Sonderzug fuhr die ganze Nacht durch.

Deutsch-französische Interessengemeinschaft

Sonderabteilung im Auswärtigen Amt — Vertrauensverhältnis Adenauer-Mendès-France

wl. **Bonn**, 24. November

Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Frankreich sollen nach dem Wunsch der Bundesregierung in der nächsten Zeit weiter vertieft werden. Zu diesem Zweck hat Bundeskanzler Dr. Adenauer angeordnet, daß im Bonner Auswärtigen Amt eine besondere Abteilung für deutsch-französische Beziehungen errichtet wird, deren Leitung einem bewährten Diplomaten übertragen werden soll.

Wie hierzu amtlich verlautet, wird von der Bundesregierung die Ausarbeitung eines gemeinsamen deutsch-französischen Wirtschafts- und Entwicklungsplanes betrieben, dessen Grundzüge bereits auf der Pariser Außenministerkonferenz zwischen dem Bundeskanzler und dem französischen Ministerpräsidenten festgelegt wurden. Zweck des neuen Planes soll sein, über die Montanunion hinaus eine engere Zusammenarbeit der deutschen und französischen Industrie herbeizuführen und den gegenseitigen Wirtschaftsverkehr zu intensivieren. Darüber hinaus soll weiter an der Verbesserung der beiderseitigen politischen Beziehungen gearbeitet werden, mit dem Ziel der Herstellung einer deutsch-französischen Interessengemeinschaft auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

In Bonner Regierungskreisen ist man davon überzeugt, daß es gelingen wird, zwischen dem Bundeskanzler und Ministerpräsident Mendès-France ein Vertrauensverhältnis herzustellen, wie es bisher nur zwischen dem Kanzler und dem früheren französischen Außenminister Robert Schuman bestanden habe.

Mendès-France wieder in Paris

dmt. **Paris**, 24. November

Der französische Ministerpräsident **Mendès-France** traf am Mittwochnachmittag auf dem Pariser Flughafen Orly ein. Er hat damit seinen Besuch in den USA und Kanada beendet, wo er Besprechungen über aktuelle Fragen geführt und mehrere Reden gehalten hat.

Mendès-France will sich sofort mit aller Energie dem Tunesienproblem widmen, das er bis zum 14. Dezember lösen will. An diesem Tage soll die Debatte in der Nationalversammlung über die Ratifizierung der Pariser Verträge beginnen.

Dehler bleibt bei seinem Nein

„Der Kanzler hätte kämpfen und ringen müssen"

dff. **München**, 24. November

Vor der auswärtigen Presse in München erklärte der FDP-Vorsitzende Dr. Dehler am Mittwoch, daß im augenblicklichen Stadium der Saarberatungen kein Anlaß für die FDP bestehe, die Bonner Koalition zu verlassen. Wenn aber das Saarstatut in seiner gegenwärtigen Fassung vom Bundestag angenommen werden sollte, würde die FDP die Konsequenzen ziehen.

Dehler sagte: „Wenn die Saarfrage zur Koalitionsfrage werden sollte, dann trifft hierfür nicht die FDP die Schuld, sondern den Bundeskanzler." Er erinnerte daran, daß seine Partei ihren Eintritt in das zweite Kabinett Adenauer als ausdrückliche Koalitionsbedingung von einer befriedigenden Regelung der Saarfrage abhängig gemacht habe. Dr. Dehler kündigte seinen Rücktritt als Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion an, wenn seine Partei dem Saarabkommen in der Fassung der Pariser Beschlüsse zustimmen würde. Auf eine Frage, wie sich Adenauer in Paris hätte verhalten sollen, meinte Dehler: „Der Kanzler hätte kämpfen und ringen müssen."



Der größte Mann im Bundeshaus ist seit acht Tagen der neueingestellte Hilfsamtsbote Willy Kehlenbach. Er mißt 2,10 Meter und versieht seinen Dienst vorerst noch in Zivil, da eine passende Bundeshaus-Uniform nicht so schnell zu beschaffen war. Auf unserem Bild stellt er die Uhr im Bundeshaus, an die man sonst nur mit Hilfe einer Leiter herankommen kann.

Heuß wurde verunglimpft

Vor dem „Internationalen Presseclub" in Saarbrücken hielt es der Münchener Filmtheaterbesitzer und Verleger Edmund Schopen für richtig, den Bundespräsidenten Theodor Heuß öffentlich anzugreifen. Wir können uns keinen Engländer vorstellen, der vor einem ähnlichen internationalen Forum sich dazu hergäbe, Ihre Majestät, die Königin von England, zu kritisieren, aber das Staatsoberhaupt vor Ausländern zu verunglimpfen, scheint bei uns zu den Takt- und Würdelosigkeiten zu gehören, die wir wieder einmal am laufenden Band erleben müssen.

Herr Schopen, als Kompagnon von Hans Habe vom „Echo der Woche" her sattsam bekannt, ist kein x-beliebiger Privatmann, sondern der Filmbeauftragte der Bundesrepublik bei der Unesco. Er sollte wissen, was sich vor Fremden zu sagen geziemt. Aber er weiß es nicht. Offenbar sucht er bei Johannes Hoffmann einen neuen Job, zumal man ihn seiner Nase wegen, die er für Reptilienfonds besitzt, allseits recht gut kennt. Da bedarf es einer öffentlichen Visitenkarte in Saarbrücken, die man am besten durch die Verunglimpfung des deutschen Staatsoberhauptes abzugeben vermag.

Herr Schopen hat dort das Telegramm von Heuß an Neurath als „ein Signal, wenn nicht sogar bereits ein Sturmzeichen" bezeichnet und dazu ausgeführt, der untadelige Heuß sei zur Absendung dieser Sympathiekundgebung durch die westdeutschen Nationalisten gezwungen worden. Man sieht förmlich, wie SS-Sturmführer in Zivil die Villa Hammerschmidt umstellt haben, um dann nach Einbruch der Dämmerung in das vom Zigarrenrauch durchwehte Arbeitszimmer des schwäbischen Philosophen auf dem Präsidentenstuhl einzudringen, um ihm das Telegramm an Neurath abzuringen. Für Darstellungen dieser Art ist die im französischen Besitz befindliche Grandval-Presse an der Saar dankbarer Abnehmer.

Das ermöglicht dann den Jobs suchenden Reisenden aus der Bundesrepublik, über Nacht in den Besitz des roten, vollwertigen Staatsbürgerpasses der Republik von Hoffmanns Gnaden zu gelangen, der dann zur Teilnahme an Wahlen berechtigt, während 75 000 Grau-Päßler draußen vor der Tür ohne Rechte warten, weil sie sich weigern, den Eid auf diese Verfassung zu leisten.

Man sollte sich in Bonn beeilen, Herrn Schopen die Delegierten-Eigenschaft bei der Unesco zu entziehen, ehe es ihm seine neuen Freunde erlauben, sie dem Auswärtigen Amt in der Koblenzer Straße vor die Füße zu werfen. -f-

In letzter Minute

Auf einer CDU-Wahlversammlung in Bayreuth vertrat der Bundeskanzler am Mittwochabend die Ansicht, daß die konfessionellen Gegensätze überwunden seien. In diesem Zusammenhang distanzierte sich Dr. Adenauer von Bundesfamilienminister Würmeling. Der Bundestag habe dessen Aeußerungen mit Recht beanstandet.

Das britische Oberhaus billigte am Mittwochabend ohne Abstimmung die Pariser Abmachungen.

In einem offiziellen Moskauer Kommentar wurde Mittwoch abend erklärt, eine Viermächtekonferenz nach der Ratifizierung der Pariser Verträge sei sinnlos.

Ein Sonderflugzeug mit den sterblichen Ueberresten des sowjetischen UNO-Chefdelegierten Wyschinski traf am Mittwochabend in Moskau ein. Der Sarg war zunächst von einer amerikanischen Maschine nach Paris gebracht und dort von dem sowjetischen Flugzeug übernommen worden. An Bord des Flugzeuges waren Wyschinskis Witwe und Tochter und der sowjetische Botschafter in den USA, Zarubin.

Für etwa 30000 Angestellte bei den öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten im Bundesgebiet wurde bei Tarifverhandlungen eine Gehaltserhöhung von 8 Prozent beschlossen, die rückwirkend vom 1. Juli d. J. an in Kraft treten soll.

Der Hamburger Frachter „August Bolten" ist in der Nacht zum Mittwoch an der südfinnischen Küste bei Kotka auf Grund gelaufen. Die Besatzung des Schiffes ist wohlbehalten an Bord.

Blank in Bayern blutig geschlagen

Prügelei im Berliner Sportpalast — Dr. Dehler in Garmisch niedergebrüllt

dmt. **Bonn**, 25. November

Mit lauten Pfui-Rufen eines erregten Auditoriums und Sprechchören meist jugendlicher Besucher gegen die Wiederbewaffnung wurde der Sicherheitsbeauftragte der Bundesregierung, Blank, auf einer CSU-Wahlkundgebung in Augsburg empfangen, eine halbe Stunde lang am Reden gehindert und als er schließlich auf seine Ansprache verzichtete, beim Verlassen des Saales geschlagen und verletzt.

Polizeibeamte mußten Blank einen Weg zum Ausgang bahnen. Obwohl sie von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machten, erhielt er an der rechten Wange eine blutige Verletzung, die wahrscheinlich von einem Bierseidel herrührt. Ein Kriegsversehrter schlug mit seiner Krücke dem Sicherheitsbeauftragten auf den Rücken. Ein Funkstreifenwagen der Polizei mußte Blank in Sicherheit bringen.

Politische Gegner inszenierten auf einer Wahlversammlung der Deutschen Partei im Berliner Sportpalast, auf der Bundesminister **Seebohm** sprach, eine Prügelei, als sich zwei ausländische Journalisten beim Absingen der drei Strophen des Deutschlandliedes von ihren Plätzen nicht erhoben hatten. Wer wen geschlagen hat, ließ sich im einzelnen nicht feststellen. Der Vorsitzende der Berliner DP, **von Heinitz**, erklärte hinterher, die Schläger hätten sich durch Parteibinden der DP als Ordner getarnt.

Ein dritter Zwischenfall ereignete sich in einer Versammlung in Garmisch, wo der FDP-Vorsitzende Dr. Dehler niedergebrüllt wurde, als er sich für eine allgemeine Wehrpflicht einsetzte.

Keine Einbehaltung von Kriegsopferrenten

CDU/CSU: Undiskutabel — Grundrentenerhöhung noch vor Weihnachten

wl. **Bonn**, 24. November

Die vom Bundesfinanzministerium vorgeschlagene Einbehaltung von Kriegsopferrenten bei sozial gutgestellten Empfängern wurde von der CDU/CSU am Mittwoch in Bonn als Deckungsmöglichkeit für die vorgesehene Erhöhung der Kriegsopfer-Grundrenten als „undiskutabel" abgelehnt. Es ist also nicht mehr damit zu rechnen, daß der umstrittene Deckungsvorschlag des Bundesfinanzministeriums eine parlamentarische Mehrheit finden wird. Die Bundesregierung wird vielmehr genötigt sein, für die notwendig werdende Aufbesserung der Kriegsopfer-Grundrenten eine andere Deckungsmöglichkeit zu finden, die den Rechtsanspruch des einzelnen Kriegsopfers auf die Grundrente nicht berührt.

Der Deutschland-Union-Dienst der CDU/CSU schreibt zu dem Hin und Her um die Kriegsopferversorgung, es müsse an den Beschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 18. November erinnert werden, wonach eine dritte Novelle zum Bundesversorgungsgesetz noch vor Weihnachten verabschiedet werden solle. Aus diesem Beschluß werde deutlich, daß gerade auf eine Erhöhung der Grund- und Ausgleichsrente für Kriegsbeschädigte, Kriegerwitwen und -waisen besonders Gewicht gelegt werde. Irgendwelche Beschlüsse, wie die erforderlichen Mittel aufgebracht werden sollen, seien vom Bundeskabinett noch nicht gefaßt worden, vielmehr sei der Vorschlag, den gut situierten Kriegsopfern einen Teil der Grundrente vorläufig einzubehalten, nur **eine** von mehreren Deckungsmöglichkeiten. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hatte am Dienstag diesen Vorschlag bereits als krasse Ungerechtigkeit gegenüber den Kriegsopfern zurückgewiesen.

Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer erklärte in einem Telegramm an den VdK-Präsidenten, daß seine Fraktion alles tun werde, um den Plan des Bundesfinanzministers nicht in Kraft treten zu lassen. Die Grundrente sei ein unabdingbarer Rechtsanspruch der deutschen Kriegsopfer. Auch die FDP lehnte mit aller Entschiedenheit den Gedanken ab, die Kosten der notwendig gewordenen Erhöhung der Grundrenten in der Kriegsopferversorgung durch eine Einbehaltung von Renten sozial bessergestellter Kriegsbeschädigter hereinzuholen.

Das Bundeskabinett beauftragte am Mittwoch Staatssekretär Hartmann vom Bundesfinanzministerium, die Tarifverhandlungen für die Bundesbediensteten (Post, Bahn und Verwaltung) am 1. Dezember fortzusetzen.

Wind aus den Wäldern

Der Wind, der aus den Wäldern kommt, bringt den Duft moderner Pilze und fauligen Laubes mit. Der Waldboden ist in diesem Wind zu schmecken, die Borke der Eichen und das Harz der Fichten. Etwas tönt darin mit, das klingt nach Krähenschrei und Häherruf, nach Axtschlag und brechendem Holz.

Der Wind, der aus den Wäldern kommt, weiß vom Geheimnis der Tiere und Waldgeister. Er kommt aus der Tiefe von dorther, wo sommers nur die Beerensammler und Holzfäller gewesen sind. Und die Rehe hausen dort, die Dachse, Eichkater und Habichte.

Der Wind, der aus den Wäldern kommt, spricht mit Kobolden und Elfen. Er kennt Hexen und Zwerge, Schrate und andere seltsame Wesen die zwischen Wurzel und Gipfel ihr Leben haben. Es ist ein frommer Wind, ein Märchenwind, ein Wind für Kinder. Er säuselt, wenn er berichten will.

Der Wind, der aus den Wäldern kommt, wenn er in die Stadt gerät, eine Weile auch über die Aecker dahingefegt. Er hat sich den Geruch frisch gepflügter Erde aufgeladen. Er hat sich satt gemacht am Gebell der Hunde, am peitschenden Knall der Büchsen und an der dampfenden Haut der Gäule. Er hörte das Leder knirschen. Er hörte den Bauer vor sich hinsingen, den Bauer, der sich einsam glaubt unter dem grauen Himmel.

Laut singt der Bauer, und niemand hört ihm zu. Der Wind ist Niemand. Der Wind ist überall und nirgendwo. Er treibt den Regen vor sich her und wirbelt das Laub auf. Er reißt Hüte herunter und knickt Aeste ab. Er stiehlt sich ins Treppenhaus und spektakelt im Schornstein. Er führt ein lustiges Leben. Der Wind, der aus den Wäldern kommt.

Elinore

Halver

Humor als Brücke

Morgen abend soll in der VHS wieder eine Brücke geschlagen werden von den Ostdeutschen zu den Einheimischen. Intendant Reinhardt will mit ostdeutschem Humor den Brückenschlag vollziehen. Er, ein Mann, der 40 Jahre auf den Brettern gestanden hat, die die Welt bedeuten, hat sich auch im kleineren Kreise in Halver viele Freunde erworben. Umrahmt werden seine Darbietungen mit Liedern, die der Singechor der Ostdeutschen zu Gehör bringen will. Der Eintritt ist frei.

Vorauszahlungen zur Unterhaltshilfe

Die Empfänger von Unterhaltshilfe innerhalb des Kreises Altena werden darauf hingewiesen, daß die Vorschußzahlungen zur Unterhaltshilfe nach dem Vorschußgesetz-LAG in der ersten Hälfte des Monats Dezember gezahlt werden.

Vorbereitungskursus auf die Meisterprüfung

Die Handwerkskammer Arnsberg fordert im Rahmen der von ihr aufgezogenen Ausbildungsmaßnahmen zur Teilnahme an einem Vorbereitungskursus auf die Meisterprüfung im Tapezierer-Handwerk auf. Der erste Teil (3 Wochen) beginnt mit einem Lehrgang im Dekorieren und der Verarbeitung von Schaumgummi am 3. Januar 1955 in Eslohe.

Eine Ehrenkrone ist das Alter

Heute kann Frau Klara Berker geb. Drew ihren 79. Geburtstag begehen. Die Heimatzeitung entbietet die herzlichsten Glückwünsche.

Bergfeld

Die Heimatzeitung gratuliert

Morgen kann Witwe Heinrich Hiddemann, Agnes geb. Jahn, zu Schultenhedfeld, ihr 77. Lebensjahr vollenden. Unseren Glückwunsch.

Ennepe

Geld und Mädchen verschwunden

Eine Hausangestellte, die erst wenige Tage hier beschäftigt war, wurde eines Morgens vermißt und blieb unauffindbar. Ebenso spurlos war ein Geldbetrag aus einer Geldbörse verschwunden. Das Mädchen konnte wieder ausfindig gemacht werden, das Geld war längst durchgebracht.

Zustrom muß gestoppt werden

Muß Halver 120 neue Flüchtlinge aufnehmen?

Für Kierspe 172 vorgesehen - Aufnahmefähigkeit erschöpft - Proteste erhoben
Wohnungsbau für Einheimische und alte Flüchtlinge vordringlich

Wie wir bereits vor längerer Zeit meldeten, soll der Kreis Altena in Kürze weitere 1100 Sowjetzonenflüchtlinge aufnehmen. Mit dieser Zahl steht unser Kreis weit an der Spitze der westfälischen Landkreise, denn die vorgesehenen Zahlen für andere Kreise sind weitaus geringer. Die jetzt aufzunehmende Quote der Landkreise sieht z. B. für den Kreis Iserlohn 600 Sowjetzonenflüchtlinge vor, für Olpe 300 und für Lüdenscheid 450. Bei Arnsberg sind es 510, bei Brilon 100, Lippstadt 300, Meschede 180, Siegen 300, Soest 150 und Wittgenstein 30. Bei den industriearmen Landkreisen ist die Situation so — wie sie kürzlich ein OKD treffend umriß —, daß man hier die Sowjetzonenflüchtlinge für einen gewissen Zeitraum in Baracken einweist und dann wartet. Es dauerte dann bisher erfahrungsgemäß nicht lange, und die Flüchtlinge waren in industriereichere Landkreise oder auch in Großstädte verzogen, da sich hier günstigere Arbeitsbedingungen boten. Von diesem Teil hat wahrscheinlich auch der Kreis Altena noch illegal einen hohen Prozentsatz aufgenommen.

Das Problem der Sowjetzonenflüchtlinge kann natürlich nur durch eine baldige Wiedervereinigung unseres zerrissenen Vaterlandes gelöst werden. Selbstverständlich wird allen politisch Verfolgten gerne im Bundesgebiet und auch im Kreis Altena das Gastrecht eingeräumt. Trotzdem sollte es bedenklich stimmen, wenn man erfährt, daß nur 25% der Sowjetzonenflüchtlinge aus politischen Gründen ihre bisherige Heimat verlassen haben. 75% dieser Menschen haben ihre Heimat also wegen der besseren Lebensbedingungen in der Bundesrepublik verlassen.

Da können echte Vertriebene und Einheimische nicht zurückstehen

Die Politik auf dem Wohnungsbausektor darf nicht dahin führen, daß jeder Mensch aus der Sowjetzone nach einer gewissen Zeit in der Bundesrepublik eine Neubauwohnung oder eine Wohnung überhaupt bekommt. Den politisch Verfolgten muß selbstverständlich geholfen werden. Die wollen wir hier nicht ansprechen. Kommt aber ein Mensch freiwillig nach Westdeutschland, so hat er zunächst keine Ansprüche zu erheben, sondern hat sich diese zu erarbeiten. Die Bundesrepublik hat mit der Befriedigung der Ansprüche ihrer echten Flüchtlinge noch eine große soziale Aufgabe zu erfüllen. Auch ihre alteingesessene Bevölkerung hat nun 10 Jahre nach Kriegsschluß endlich einmal Anspruch auf Wohnraum, und dieser muß befriedigt werden.

Was geschieht bei Wirtschaftskrisen?

Wenn immer weiter Flüchtlinge in den Kreis Altena eingewiesen werden, dann kann bei der jetzt erzeugten künstlichen enormen Bevölkerungszunahme bei einer eventuellen Wirtschaftskrise ein soziales Elend von ungeahnten Ausmaßen unser Kreisgebiet heimsuchen. Auf der anderen Seite geht es nicht an, daß urdeutsches Land im Osten ganz von deutschen Menschen entblößt wird, da das einer Wiedervereinigung entgegensteht. Wer jetzt zehn Jahre lang ausgehalten hat, der soll möglichst auch noch ausharren und die Bemühungen unserer Regierung auf Wiedervereinigung abwarten.

Kreis Altena protestiert

In ihrer letzten öffentlichen Gemeinderatssitzung hatte die Gemeinde Dahle gegen die Zuweisung weiterer Flüchtlinge protestiert. Vermutlich werden sich auch der Kreistag und andere Gemeinden diesem Protest öffentlich anschließen. Bekanntlich sollen die Gemeinden des Kreises Altena 1100 Flüchtlinge für das Kreisgebiet wie folgt unterbringen:

Stadt Altena 192, Plettenberg 200, Werdohl 144, Amt Halver 120, Amt Kierspe 172, Lüdenscheid-Land 192, Amt Meinerzhagen 80, Amt Neuenrade 24, Gemeinde Herscheid 20 und Gemeinde Nachrodt-Wiblingwerde 56. Diese erneute Belastung des Kreisgebietes ist nicht mehr tragbar, da die Wohnraumlage im Kreis Altena katastrophale Formen angenommen hat und alte Flüchtlinge und Einheimische keineswegs mehr zurückstehen wollen.

Jahrelanger Kompetenzstreit beendet

Mietfestsetzungen bei Altbau-Wohnungen

Zuständigkeit der Preisbehörden — Ein bemerkenswertes Urteil

In einem bemerkenswerten Urteil hat das Bundesverwaltungsgericht in Berlin die Frage der Zuständigkeit der Mietpreisbehörden für Mietfestsetzungen bei Altbauwohnungen, die unter die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes fallen, entschieden.

Der Umstand, daß der Mietraum dem Reichsmietengesetz unterliegt, steht nach Auffassung des BVerwG einer Festsetzung von Mieten durch die Preisbehörde nicht entgegen. Eine solche Einschränkung sei den Preisbestimmungen nicht zu entnehmen. Die Herausnahme der dem Reichsmietengesetz unterliegenden Wohnungen aus dem Preisrecht wäre auch wirtschafts- und preispolitisch nicht zu vertreten. Es liege im Bereich des Möglichen, daß die in Betracht kommenden Altbauwohnungen bei einer Herausnahme aus der Preisbildung sich der staatlichen Kontrolle entzögen und der Wohnungsmarkt dadurch verwirrt würde.

Das Bundesverfassungsgericht setzt sich in diesem Urteil ferner ausführlich mit der von einem Oberverwaltungsgericht vertretenen Auffassung auseinander, daß eine Mieterhöhung bei solchem Wohnraum nur bis zur Höhe der gesetzlichen Miete im Sinne des Reichsmietengesetzes zulässig sei. Es stellt demgegenüber fest, daß die Mietpreisbehörden befugt sind, Mieterhöhungen für den unter das Reichsmietengesetz fallenden Wohnraum entsprechend der Mietpreisverordnung PR Nr. 75/51 bis zur ortsüblichen Miete für Wohnungen gleicher Art, Lage und Ausstattung nach dem Preisstand vom 17. 10. 1936 zu genehmigen.

Durch dieses Urteil ist in Nordrhein-Westfalen ein jahrelanger Kompetenzstreit beendet worden. Die Preisbehörden werden wieder Mietfestsetzungsanträge für Wohnungen, die dem Reichsmietengesetz unterliegen, uneingeschränkt bearbeiten und von Verweisungen an die Mieteinigungsämter absehen.

Natürlich NATUR BRUNNEN trinken!
VERBAND DEUTSCHER MINERALBRUNNEN

Noch 42000 Vermißte der Wehrmachtsschulen

Feststellung des Deutschen Roten Kreuzes — Bitte um Anschriften

Bei der Nachforschung nach dem Schicksal der Wehrmachtvermißten — noch heute sind es rd. 1 245 000 — stößt der Suchdienst des DRK immer wieder auf bestimmte Gruppen von ehemaligen Wehrmachtangehörigen, bei denen die Frage nach ihrem Verbleib besonders schwer zu beantworten ist. Dazu gehören in erster Linie die Vermißten, die sich zuletzt auf Wehrmachtschulen und in Lehrgängen befanden.

Bei diesen Soldaten handelt es sich neben technischen Spezialisten um eine militärische Führerreserve. Es ist daher verständlich, daß die Schulen und Lehrgänge in dem Augenblick, als die Fronten zusammenzubrechen drohten, von der militärischen Führung ganz besonders an den Brennpunkten der Abwehrkämpfe eingesetzt wurden. Dieser Einsatz erfolgte teils so, daß aus der Gesamtheit der Waffenschulen mehrere Regimenter, vielfach aber auch aus Teilen der einzelnen Schulen der Stamm neu aufgestellter Volksgrenadier-Divisionen gebildet wurde.

Hohe Verluste

Die Verluste waren bei diesen Einsätzen naturgemäß außerordentlich hoch. Der Suchdienst kennt nur verhältnismäßig wenig Heimkehrer von Wehrmachtschulen und Lehrgängen, für die noch heute insgesamt 42 000 Vermißte gemeldet sind.

Helft mit!

Voraussetzung für die Klärung möglichst vieler dieser Vermißtenfälle ist, daß der Suchdienst seine Kenntnis des Schicksals der Wehrmachtschulen und Lehrgänge selbst wesentlich erweitern kann. Er richtet deshalb ganz besonders an die Heimkehrer dieser Einheiten, die häufig nicht einmal mehr eine Feldpost-Nummer hatten, die dringende Bitte, der örtlichen Dienststelle des DRK Namen und Anschrift mitzuteilen und sich damit dem Suchdienst für die Klärung des Schicksals ihrer Kameraden zur Verfügung zu stellen.

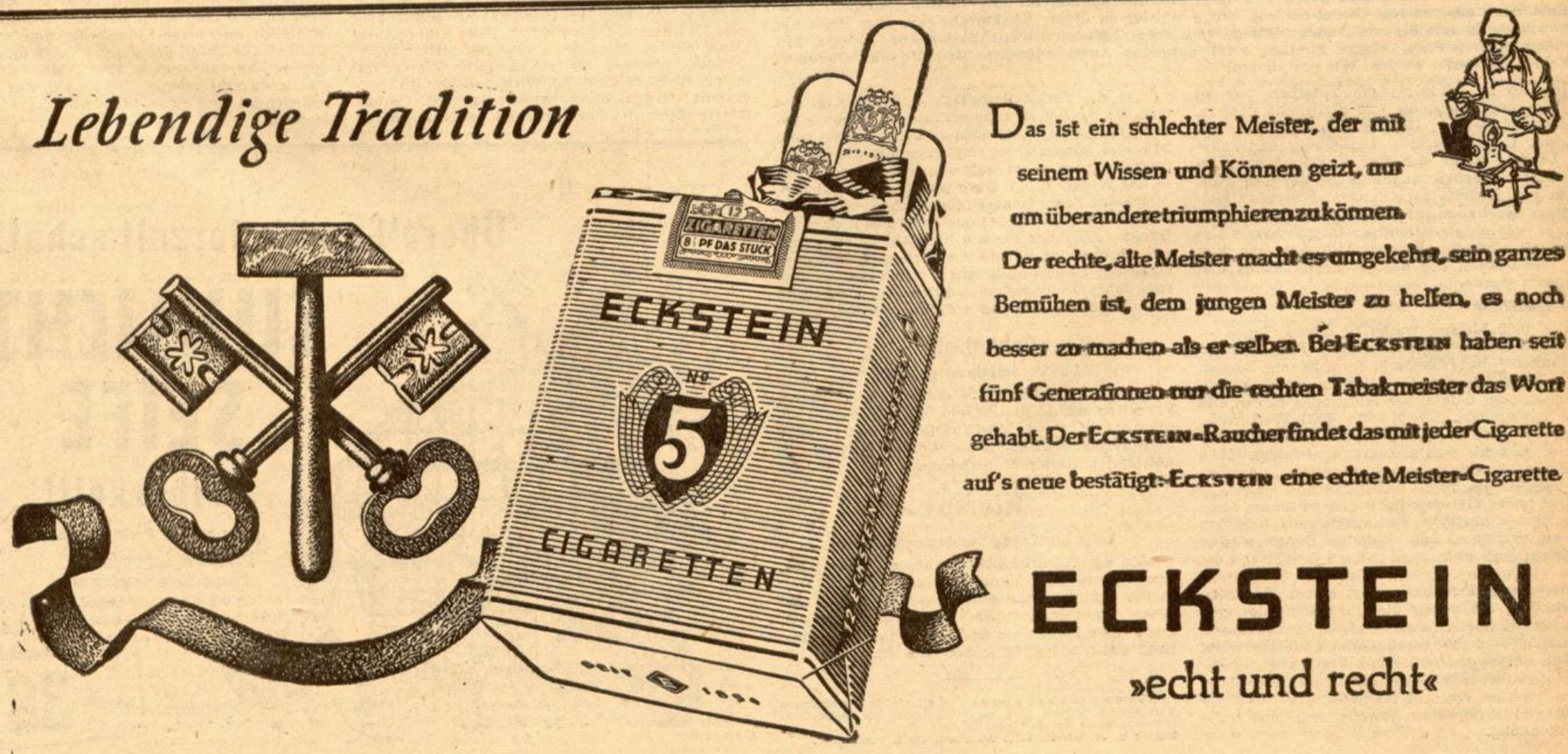
Oberbrügge/Ehringhausen

Anlaß zum Festgottesdienst

Seit etwa fünf Wochen sind die Handwerker dabei, der evangelischen Kirche ein neues Gewand zu geben. Unter der Leitung von Professor Thol, Gelsenkirchen, hat das Gotteshaus nun auch eine würdige Innenausgestaltung erfahren. Am kommenden Sonntag kann die Kirche der Gemeinde in ihrem neuen Gewande übergeben werden. Das ist Anlaß zu einem besonderen Festgottesdienst. Die Predigt wird Superintendent Köllner, Lüdenscheid, halten. Außerdem wirken die Musiziergemeinschaft Haus Rhade und der ev. Kirchenchor mit.

Rentenzahlung

Die Auszahlung der Kriegsbeschädigten- und Angestelltenrenten erfolgt beim Postamt Oberbrügge am Montag, dem 29.. November. Die Invaliden- und Unfallrenten kommen am Mittwoch, dem 1. Dezember, zur Auszahlung.



Bonn sucht junge Diplomaten

dpa. Bonn, 24. November

Im Auswärtigen Amt ist Anfang des nächsten Jahres die Einstellung von 20 Anwärtern für den Höheren Auswärtigen Dienst — Attachés — in Aussicht genommen. Die ausgewählten Bewerber sollen während eines Vorbereitungsdienstes von drei Jahren, den sie zum Teil auch im Ausland ableisten, theoretisch und praktisch ausgebildet werden. Voraussetzung für die Bewerber ist abgeschlossenes Hochschulstudium, vorzugsweise der Rechtswissenschaften, Kenntnis der Grundzüge in der Volkswirtschaft und in der neuen Geschichte, sichere französische und englische Sprachkenntnisse, umfassende Allgemeinbildung, Tropentauglichkeit und Lebensalter zwischen 24 und 32 Jahren.

Ein zweiter „Fall Ochsenfurth"

dpa. Aschaffenburg, 24. November

In Bayern ist es zu einem zweiten „Fall Ochsenfurth" gekommen. Nach Mitteilung des evangelisch-lutherischen Dekanats in Lohr am Main ist der evangelischen Kirche die gleichberechtigte Teilnahme mit der katholischen Kirche an der Einweihungsfeier der Lengfurter Mainbrücke am vergangenen Sonntag verweigert worden. Das evangelische Pfarramt Marktheidenfeld sei zwar eingeladen worden, die Einladung habe jedoch besagt, daß örtliche evangelische Geistliche nur als stumme Gäste bei der Feier zugegen sein sollten.

Landrat Baunach in Marktheidenfeld, der sich um einen Ausgleich bemühte, teilte darauf dem evangelischen Dekanat mit, daß das Ordinariat in Würzburg die Weihe durch die katholische Kirche ablehne, wenn die evangelische Kirche auf Wortverkündung und Gebet bestehe. Der Kreistagsausschuß beschloß jedoch mit Mehrheit, daß die Weihehandlung stattfinden soll.

Damit war für die evangelische Kirche die Teilnahme an der Feier in gleichberechtigter Weise unmöglich gemacht worden, betont das evangelische Dekanat. Auf die Teilnahme eines evangelischen Geistlichen wurde verzichtet.

In Bayern war es bei der Einweihung der Zuckerfabrik in Ochsenfurth schon einmal zu einem ähnlichen Vorfall gekommen

Mainzer Landtagsdebatte über Geimer

Streitfrage: Einzelfall oder Symptom? — Lehrerwechsel statistisch ausgewertet

th. Mainz, 24. November

In einer mehr als dreistündigen Debatte beschäftigte sich der Landtag von Rheinland-Pfalz am Dienstag mit dem Fall des katholischen Lehramtskandidaten Geimer, der wegen seiner „evangelischen Ehe" keine Chance erhielt, in Rheinland-Pfalz angestellt zu werden. In der Debatte ging es um die Kernfrage, ob der Fall Geimer ein Einzelfall oder ein Sympton sei. Ministerpräsident Altmeier stellte fest, daß kein Anlaß für ein disziplinarisches Untersuchungsverfahren gegen Frau Regierungsdirektor Rothländer bestehe. Frau Rothländer hatte Geimer brieflich mitgeteilt, daß sein berufliches Vorhaben wegen seiner evangelischen Trauung scheitern müsse.

In der Begründung einer Großen Anfrage der SPD über die Gewährung der Grundfreiheiten nannte der Abgeordnete Markscheffel die Angelegenheit symptomatisch für die Kulturpolitik in Rheinland-Pfalz, wo Kirchenrecht und Staatsrecht verquickt würden. Dagegen wurde von der Regierung wie von den Sprechern der CDU und der FDP nachdrücklich unterstrichen, daß es sich um einen Einzelfall handle und daß er nur im Zusammenhang mit dem hessischen Wahlkampf „dramatisiert" worden sei. Daß es sich um einen Einzelfall handelt, hat sogar der sozialdemokratische hessische Kultusminister Hennig zugegeben, aber der hessische Ministerpräsident Dr. Zinn hat demgegenüber in einer Wahlversammlung mitgeteilt, daß nicht nur Geimer, sondern auch elf andere Junglehrer aus Rheinland-Pfalz nach Hessen gekommen seien.

Es war eine große Ueberraschung im Landtag in Mainz, als der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Altmeier, der Erklärung seines hessischen Kollegen Zinn die Mitteilung entgegenhielt, aus Hessen seien sogar 43 Junglehrer nach Rheinland-Pfalz gekommen, und bei allen, die hinüber- oder herübergegangen sind, lägen vermutlich ganz harmlose private Gründe, Wohnungs- oder Familienangelegenheiten als Ursache des Platzwechsels vor. Die Sache wird noch weiter nachgeprüft, wurde aber im Landtag von den bürgerlichen Parteien als ein weiterer Beweis für die ungerechtfertigte Verallgemeinerung und Dramatisierung des an sich selbstverständlich untragbaren und auch von allen Parteien sowie von der Landesregierung selbst getadelten Falles Rothländer bezeichnet.

Karl Hillenbrand gestorben

dmt. Bonn, 24. November

In Bonn erlag am Mittwoch bei einem Gang über die Straße der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaftsbewegung an der Saar, Karl Hillenbrand, im Alter von 73 Jahren einem Gehirnschlag.

Am Abstimmungskampf 1935 nahm er, ohne Nationalsozialist zu sein, tätig teil, mußte jedoch nach der Wiedervereinigung aus politischen Gründen aus der sozialen Arbeit ausscheiden und blieb ohne Stellung. Erst im Krieg fand er eine Beschäftigung bei der Stadtverwaltung Saarbrücken. Sofort nach dem Kriege stellte er sich für den Wiederaufbau zur Verfügung, bekannte sich aber nachdrücklich zu seinem Deutschtum, was 1946 seine Ausweisung aus dem Saargebiet durch die Besatzungsmacht zur Folge hatte. Als er wieder zurückkehren konnte, wählten ihn die Arbeiter an der Saar erneut zum Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften. Aus seiner Ablehnung der französisch-saarländischen Konzeptionen machte der Verstorbene kein Hehl

Kfz-Grenzdokumente billiger

dmt. Bonn, 24. November

Die deutschen Automobilclubs, AVD, ADAC und DTC, sind übereingekommen, mit Wirkung vom 1. Januar 1955 die Gebühren für eine Reihe von Triptyks und Carnets de Passage, die als Grenzdokumente für den Kraftfahrverkehr ins Ausland dienen, erneut herabzusetzen. Zum gleichen Zeitpunkt wird ein „Feriencarnet" mit dreimonatiger Gültigkeitsdauer zu besonders günstigen Bedingungen neu eingeführt.

Wann ist die Saar-Debatte?

dmt. Bonn, 24. November

Die Bonner Regierungskoalition will mit der SPD über einen gemeinsamen Termin zur Debatte des Saarabkommens beraten. Man ist sich noch nicht klar, ob die Debatte um den 8. Dezember herum oder am 16. Dezember stattfinden soll. Die Saaranfrage der SPD liegt jetzt der Bundesregierung vor, die innerhalb von vierzehn Tagen darauf antworten muß. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Kaiser, hat seine ablehnende Haltung zum Saarabkommen nun in einer Denkschrift festgelegt.

Bundeskanzler Dr. Adenauer ist am Mittwoch in einem Sonderzug nach Bayern gereist, um sich dort drei Tage in den Wahlkampf einzuschalten. Der Bundeskanzler wird in Bayreuth, München und Augsburg sprechen. Es sind auch Verhandlungen mit der bayerischen Landesregierung vorgesehen.

Das Präsidium des Obersten Sowjet hat die Zustimmung zu der Errichtung eines neuen Ministeriums für den Bau von Kraftwerken erteilt.

Die Außenminister der drei Beneluxstaaten begannen am Mittwochmittag in Brüssel Beratungen über außenpolitische Fragen.

„Ministerpräsident Mendès-France hat bei seinen Ausführungen vor den Vereinten Nationen den Mai nicht als festen Termin für die Viererkonferenz vorgeschlagen", wurde am Mittwoch im französischen Außenministerium erklärt. Er habe nur von einer Konferenz ab Mai gesprochen und lediglich erkennen lassen, daß ein früherer Konferenztermin ihm als ungeeignet erscheine.

Bundeswirtschaftsminister Erhard wurde am Mittwoch vom jugoslawischen Staatspräsidenten Tito empfangen und anschließend zum Tee geladen.

Wetterbericht

Unbeständig

Schwache Störungen, die von der Biskaya nach Nordosten ziehen, gestalten das Wetter in Nordrhein-Westfalen leicht unbeständig. Anfangs nur geringe Bewölkung und trocken, im Laufe des Nachmittags von Westen her wieder aufkommende Bewölkung und nachfolgend etwas Regen.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver/Westf., Kirchstraße 5. Fernruf Halver 442. Verlagsleitung: Werner Bell; Hauptschriftleitung: Karl A. F. Günther; Lokale Schriftleitung: Dr. Wolfram M. Wegener; Anzeigenleitung: Ernst Höngen. Postverlagsort: Halver i. Westf. Erscheint werktäglich. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder im Falle von höherer Gewalt und Streik besteht kein Entschädigungsanspruch. Abbestellungen nur bis zum 20. d. M. schriftlich beim Verlag.

Heute abend 18 Uhr entschlief plötzlich und unerwartet mein lieber guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Emil Ahlhaus

Im Alter von 70 Jahren.

In stiller Trauer:

Lotte Bauer geb. Ahlhaus
Ernst Bauer
Rolf Reiner Bauer

Halver und weiße Ahe b./Herscheid, den 24. November 1954

Die Beerdigung findet am Samstag, dem 27. November 1954 um 15 Uhr vom Trauerhause, Oberlangenscheid 6, aus statt.

NACHRUF!

Heute erreichte uns die traurige Nachricht, daß

Herr Emil Grell

aus den Reihen der Lebenden geschieden ist. Über 40 Jahre hat er treu in unseren Diensten gestanden, bis er 1945 in den wohlverdienten Ruhestand treten konnte.
Ehre seinem Andenken.

Inhaber und Belegschaft der Firma CARL TURCK

Halver, den 24. November 1954

Landfrauenverein Halver

Es wird herzlich zu einer **Landfrauen-Freizeit** auf der Wislade eingeladen, die vom 29. 11. bis 3. 12. stattfindet. Anmeldungen umgehend an die Landwirtschaftsschule.

Zum Mittwoch, dem 1. Dezember 1954 bitten wir um rege Beteiligung für einen **eintägigen Besuch auf der Wislade.**

Abfahrtzeiten:

8 Uhr ab Grünenbaum, 8.15 Uhr ab Anschlag,
8.20 Uhr ab Bergfeld
8.30 Uhr ab Café Weyland

Anmeldungen erbeten bis Montag, den 29. 11. an die Unterzeichneten

Frau Milli Neuhaus, Kückelhausen
Frau Irene Bremicker, Schöneberge

Als Festgeschenk

ein gutes Buch
Füllhalter erster Marken
Pelikan, Soennecken, Geha, Brause, Tintenkuli oder Tropen-Füllhalter sowie
Beschäftigungs-Spiele
aller Art.
Wilh. Bell jr., Halver



8 mal 4
Desodorierende
TOILETTE- u. BADESEIFE





Ernst Bergmann
Halver
Frankfurter-Ecke Thomasstr.
Telefon 510

Rosenthal
Elektrische Bettwärmer DM 6.-
Wilh. Bell jr., Halver

KLEINE
Anzeigen
im
Allgemeinen Anzeiger
haben
GROSSE
Wirkung

Zuchtperlenketten führe ich in den Preislagen von DM 50,— bis DM 1500.—. Die Stärke der Kette ist im Verhältnis zum Preis absolut nicht maßgebend. Farbe, Lüster (der Glanz der Perle) und der Verlauf bestimmen den Wert. Sie sollten sich wirklich meine überzeugende Auswahl ansehen; es lohnt sich schon allein deshalb einmal nach Dortmund zu fahren, zu
Pündenbeck
Dortmund Westenhellweg 45



Peligom / klebt alles
Tuben zu 35 und 65 Pfg. in Fachgeschäft



Frei von Husten und Bronchitis
zu sein, ist das erstrebenswerte Ziel. Gehen Sie aufs Ganze. Nehmen Sie gleich die auch in schweren Fällen von Husten, Bronchitis, Bronchialasthma, Verschleimung und Luftröhrenkatarrh wirksame Heilpflanzen-Komposition nach dem Verfahren von Dr. med. Boether. Dr. Boether-Bronchitten sind stark schleimlösend und das Bronchiengewebe kräftigend. *Der mitverwendete Wild-Plantago beseitigt besonders rasch quälenden Hustenreiz.* In den letzten Jahren gebrauchten Hunderttausende dieses durchgreifende Spezialmittel. Packg. zu M 1.45 u. 3.40 in Apotheken.
Dr. Boether-Bronchitten
verstärkt mit Wild-Plantago



In allen guten Fachgeschäften ab DM -.90 erhältlich